

17.05.2018

LSVD fordert Bundesratsinitiative zum Abstammungsrecht Staatliche Diskriminierung von lesbischen Co-Müttern beenden

In einem [Schreiben an die Ministerpräsidenten von Berlin und Brandenburg \[https://berlin.lsvd.de/wp-content/uploads/2018/05/schreiben-vom-17-05.pdf\]](https://berlin.lsvd.de/wp-content/uploads/2018/05/schreiben-vom-17-05.pdf) fordert der Lesben- und Schwulenverband am heutigen Internationalen Tag gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie die beiden Landesregierungen auf, eine gemeinsame Bundesratsinitiative zur rechtlichen Anerkennung und Absicherung von Kindern in Regenbogenfamilien durch eine Modernisierung des Abstammungsrechts auf den Weg zu bringen.

Wird ein Kind in eine Ehe von zwei Frauen geboren, so ist die Co-Mutter nicht von Anfang an auch rechtlich die Mutter. Eine Mutterschaftsanerkennung vergleichbar zur Vaterschaftsanerkennung gibt es nicht – trotz EHE FÜR ALLE. Stattdessen ist weiterhin eine langwierige Stiefkindadoption erforderlich.

*Hierzu erklärt **Jörg Steinert, Geschäftsführer des Lesben- und Schwulenverbandes Berlin-Brandenburg**: „Die staatliche Diskriminierung von lesbischen Co-Müttern muss beendet werden.“*

Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD)
Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.
Kleiststraße 35
10787 Berlin

E-Mail: berlin@lsvd.de

Telefon: 030 – 22 50 22 15

Fax: 030 – 22 50 22 21

Webseite: berlin.lsvd.de/

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778

Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de

Internet: www.lsvd.de